

BEATRICE WAGNER PFEIFER

PROF. DR., ADVOKATIN
TITULARPROFESSORIN AN DER UNIVERSITÄT BASEL

Votum anlässlich der Diskussionen am Schweizerischen Juristentag vom 26./27.9.2003 in Brunnen zum Thema Revision des Haftpflichtrechts

VISCHER

Anwälte und Notare

Basel

Aeschenvorstadt 4
Postfach 526
CH-4010 Basel
Tel +41 61 279 33 00
Fax +41 61 279 33 10

Tel +41 61 279 33 48
Fax +41 61 279 33 10
bwagner@vischer.com

Zürich

Schützengasse 1
Postfach 6139
CH-8023 Zürich
Tel +41 1 254 34 00
Fax +41 1 254 34 10

Eingetragen im
Anwaltsregister des
Kantons Basel-Stadt

In der bisherigen Diskussion und auch in den schriftlichen Referaten noch nicht angesprochen wurden die Fragen nach dem *örtlichen* und dem *zeitlichen Geltungsbereich* der neuen haftungsrechtlichen Bestimmungen, namentlich auch der Gefährdungshaftung. Was die intertemporalrechtliche Fragestellung betrifft, so gilt gemäss den allgemeinen Grundsätzen der Art. 1 ff. SchIT ZGB ein Rückwirkungsverbot. Das bedeutet, dass alle „gefährlichen Tätigkeiten“, welche unter Art.50 des Revisionsentwurfs fallen könnten, noch nach altem Recht zu beurteilen sind, wenn sie vor Inkrafttreten des neuen Rechts „abgeschlossen“ wurden. Denkbar ist aber, dass die Auswirkungen einer gefährlichen Tätigkeit erst viel später zutage treten. So kann jemand vor mehreren Jahrzehnten in Kontakt mit Asbest gekommen sein, die Krankheit kommt aber erst heute zum Ausbruch. Ist ein solcher Sachverhalt als unter dem alten Recht „abgeschlossen“ zu qualifizieren oder nicht? Gemäss der Lehre und Rechtsprechung zu den SchIT ZGB soll es jedenfalls nicht auf die Auswirkungen einer juristischen Tatsache ankommen, sondern nur auf den „Abschluss“ der juristischen Tatsache selber. Wenn die gefährliche Tätigkeit inzwischen also eingestellt wurde, nützen auch die neuen verlängerten Verjährungsfristen nichts, weil ohnehin noch altes Recht zur Anwendung gelangt. Zwingende Gründe der öffentlichen Ordnung und Sittlichkeit im Sinne von Art.2 SchIT ZGB liegen bei haftungsrechtlichen Ansprüchen wohl auch nicht vor; jedenfalls hat das Bundesgericht im öffentlichrechtlichen Bereich solche „zwingenden Gründe“ bei reinen Kostenregelungen verneint (URP 1998, 152). Es wäre aber interessant zu hören, ob es zu dieser Frage abweichende Meinungen gibt.

Was die internationalen Sachverhalte betrifft, so sehen das GestG bzw. Art.5.3 LugUe heute zwar vor, dass der Geschädigte an seinem (Wohn-)Sitz oder am Erfolgsort klagen kann; in materiellrechtlicher Hinsicht gilt gemäss Art.133 IPRG aber, dass grundsätzlich das Recht am Tatort zur Anwendung gelangt; das Recht am Ort des Erfolgseintritts ist nur dann massgeblich, wenn der Schädiger mit dem Eintritt des Erfolgs in diesem Staat rechnen musste. Anders ist es, wenn die Ausübung der gefährlichen Tätigkeit im Zusammenhang mit Ueberschreitungen von Grundeigentümerrechten steht (Art.138 IPRG). Hier stellen sich zahlreiche noch offene Rechtsfragen. So ist zB bei den vorhin diskutierten Fällen der alternativen Kausalität, also der Verunreinigung eines internationalen Gewässers durch verschiedene potentielle Schädiger mit Sitz in unterschiedlichen Staaten oder auch bei einer Schädigung im Bereich der Gentechnik-Haftungsklausel, zu fragen, ob der schweizerische Richter das neue

schweizerische Haftungsrecht auch gegenüber einem ausländischen Mitverursacher zur Anwendung bringen dürfte oder ob der schweizerische Geschädigte nur einen Teil seines Schadens gedeckt bekäme. Wie ist es, wenn der ausländische Mitverursacher seine gefährliche Tätigkeit mit Zustimmung der dortigen Behörden ausübte? Solche Fragen können in der Praxis von grosser Bedeutung sein, weshalb es schade wäre, wenn sie von den heutigen Diskussionen ausgeklammert blieben.